

Kooperative Planungsprozesse zur Stärkung gesundheitlicher Belange – eine Handreichung für Kommunen

Satellitenveranstaltung zum Kongress Armut und Gesundheit 2023

„Der ÖGD in der kommunalen Landschaft der Zukunft“

Forum „Gesundheitsorientierte Planung“

3. März 2023, online

Thomas Preuß, Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Berlin



- Forschungsvorhaben
- UBA-Fachbroschüre

Forschungsvorhaben

- REFOPLAN-Vorhaben „Kooperative Planungsprozesse zur Stärkung gesundheitlicher Belange - modellhafte Erprobung und Entwicklung von Ansätzen zur nachhaltigen Umsetzung“ (FKZ 3719 15 2010)
- Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) in Kooperation mit:
 - LK Argus GmbH
 - Prof. Dr. Heike Köckler
 - Univ.-Prof. Dr. med. Claudia Hornberg
- Laufzeit: 11/2019 – 10/2022



Ziele und Untersuchungsgegenstand

Ziel

- Stärkung gesundheitlicher Belange in umweltrelevanten Planungsprozessen auf kommunaler Ebene

Untersuchungsgegenstand

- Mitwirkung von Akteuren aus dem Gesundheitssektor in umweltrelevanten Planungsprozessen zur Stärkung gesundheitlicher Belange („*Kooperative Planungsprozesse*“)
- Berücksichtigung gesundheitlicher Belange in kommunalen Planungen („*Integrierte Planungsprozesse*“):



UBA-Fachbroschüre

„Gemeinsam planen für eine gesunde Stadt – Empfehlungen für die Praxis“

Ziele der Veröffentlichung

- **Sensibilisieren**
 - Thema räumliche Verhältnisse für Gesundheit in der Stadt
 - Notwendigkeit und Möglichkeiten, gesundheitliche Belange in der Planung zu berücksichtigen; Fokus auf Lärmaktionsplanung, Grün- und Freiraumplanung, Bauleitplanung sowie Stadt(teil)entwicklungsplanung

- **Ermuntern, aktivieren, ermutigen**
 - Gesundheit integrativ und ressortübergreifend begreifen
 - Gesundheit im Verwaltungshandeln und darüber hinaus wirksam implementieren (mit den geeigneten Instrumenten, mit den passenden Verfahrensweisen)
 - vorhandene Instrumente und nutzen und gemeinsam weiterentwickeln

- **Skizzieren von Spielräumen und Handlungsmöglichkeiten der zuständigen Fachämter und der Gesundheitsämter**

- **Darstellen von Hinweisen, Empfehlungen, Tipps, Beispielen**



**Gemeinsam planen
für eine gesunde Stadt –
Empfehlungen für die Praxis**

Für Mensch & Umwelt

**Umwelt
Bundesamt**

**Hrsg.:
Umweltbundesamt**

**Autor*innen:
Christa Böhme, Elke Bojarra-
Becker, Thomas Franke, Eckhart
Heinrichs, Heike Köckler, Thomas
Preuß, Michael Schreiber**

Veröffentlichung im Januar 2023

Umfang: 68 Seiten

**Download unter:
[https://www.umweltbundesamt.de/
publikationen/gemeinsam-planen-
fuer-eine-gesunde-stadt](https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/gemeinsam-planen-fuer-eine-gesunde-stadt)**

Inhalt

1	Zu dieser Veröffentlichung	7
2	Was ist eine gesunde Stadt?	11
3	Potenziale für Gesundheit in der Planung	17
	3.1 Lärmaktionsplanung	18
	3.2 Grün- und Freiraumplanung	23
	3.3 Stadtplanung und Stadtentwicklungsplanung	30
4	Gemeinsam für mehr Gesundheit in der Stadt	41
	Handlungsempfehlung 1: Innerhalb der Verwaltung voneinander über Gesundheit und Planung lernen	43
	Handlungsempfehlung 2: Daten zur gesundheitlichen und sozialen Lage sowie Umweltdaten erfassen, zusammenführen und austauschen	45
	Handlungsempfehlung 3: Mit passenden Strukturen in der Verwaltung zusammenwirken	48
	Handlungsempfehlung 4: Öffentlichkeit einbeziehen und Allianzen für Gesundheit bilden	50
	Handlungsempfehlung 5: Gesundheitsämter zu proaktiv Planenden qualifizieren	52
	Handlungsempfehlung 6: Ausreichende Ressourcen für die umfassende Berücksichtigung von gesundheitlichen Belangen in der Planung bereitstellen	54
5	Fazit: Die gesunde Stadt ist machbar.	57
	Weiterführende Literatur	62
	Zitierte Literatur	65

Quelle: UBA (2023) (Hrsg.):
Gemeinsam planen für eine gesunde
Stadt – Empfehlungen für die Praxis,
Dessau-Roßlau.



Zu dieser Veröffentlichung

- kurze Einleitung zu Ziele, Zweck und Aufbau der Handreichung
- Benennung gesundheitliche Belange
- Ansprache der Zielgruppe

Sie sind angesprochen:



- ▶ Mitarbeitende in Unteren Gesundheitsbehörden (insbesondere in kommunalen Gesundheitsämtern),
- ▶ Räumlich Planende in Umweltämtern, in für Grün- und Freiraumplanung zuständigen Ämtern und in Ämtern für Stadtplanung und Stadtentwicklung der Kommunen,
- ▶ Politische Entscheidungsträger*innen in den Kommunen,
- ▶ Mitarbeitende bei Trägern der Gesundheitsförderung, Prävention und Gesundheitsvorsorge sowie der Sozial- und Gemeinwesenarbeit in den Quartieren,
- ▶ Vertreter*innen aus Gremien, Verbänden und Interessenvertretungen aus den Bereichen Gesundheit, Soziales, Umwelt, Stadtnatur, Grün sowie Quartiersentwicklung.

Zielgruppe

Quelle: UBA (2023) (Hrsg.):
Gemeinsam planen für eine gesunde
Stadt – Empfehlungen für die Praxis,
Dessau-Roßlau.

Was sind gesundheitliche Belange in der Planung?



Verschiedene gesundheitliche Belange sind für umwelt- und raumbezogene Planungen besonders relevant. Hierzu zählen:

- ▶ Ruhe,
- ▶ Erholung,
- ▶ Wohlergehen,
- ▶ Bewegung,
- ▶ Stressbewältigung,
- ▶ Entspannung.

Diese Belange stehen in einem engen Kontext zu Planungen in den Themenbereichen Grün- und Freiraum, Lärmvorsorge und -minderung, Luftreinhaltung, Klimaanpassung und Hitzevorsorge.

Gesundheitliche Belange in der Planung

Quelle: UBA (2023) (Hrsg.):
Gemeinsam planen für eine gesunde
Stadt – Empfehlungen für die Praxis,
Dessau-Roßlau.



Was ist eine gesunde Stadt?

- Bild einer „Gesunden Stadt“ (Bezug zu Ottawa-Charta)
- Bezug zu Umweltgerechtigkeit
- Bedarfe vulnerabler Gruppen
- politischen Stellenwert; programmatische und sonstige Rahmungen wie Neue Leipzig Charta, HiaP, Gesunde-Städte-Netzwerk, Memorandum Urbane Resilienz

- Unterkapitel:
 - Integration von Themen, Belangen und Akteuren
 - Umweltgerechtigkeit als normativer Ansatz
 - Viele Faktoren bestimmen Gesundheit
 - Soziale Ungleichheiten bei Gesundheit erkennen
 - In gesamtgesellschaftlicher Verantwortung für Gesundheit handeln

Regenbogenmodell der Gesundheitsdeterminanten



Quelle: eigene Darstellung der HAGE e.V., 2020 nach Dahlgren & Whitehead

3

Potenziale für Gesundheit in der Planung

3.1 Lärmaktionsplanung

3.2 Grün- und Freiraumplanung

3.3 Stadtplanung und Stadtentwicklungsplanung

- Telegramm der jeweiligen Planung
- Potenziale der jeweiligen Planung für mehr Gesundheit in der Stadt
- Beitrag des Gesundheitsamts
- Beispiele und Praxistipps zum jeweiligen Instrument aus Kommunen bzw. für Kommunen



Planungsgegenstand	<p>Festlegung konkreter Maßnahmen zur Minderung des Umgebungslärms (insbesondere Lärm aus Straßenverkehr, Schienenverkehr, Luftverkehr, in seltenen Fällen auch Industrieanlagen); basiert auf der Lärmkartierung, in welcher die Lärmbelastung dargestellt wird, und Öffentlichkeitsbeteiligung.</p> <p>Lärmaktionsplan beruht auf Lärmkartierung, die verpflichtend ist für:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ Ballungsräume mit mehr als 100.000 Einwohner*innen, ▶ Hauptverkehrsstraßen mit einem Verkehrsaufkommen von mehr als 3 Millionen Kfz pro Jahr, ▶ Haupteisenbahnstrecken mit mehr als 30.000 Zugbewegungen pro Jahr, ▶ Großflughäfen mit mehr als 50.000 Flugbewegungen pro Jahr.
Bezug zu Gesundheit	Befassung mit gesundheitsrelevanten Lärmproblemen und Lärmauswirkungen (z.B. ischämische Herzkrankheiten, Belästigung, Schlafstörung). ¹
Ziele	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Reduzierung der Zahl der von Umgebungslärm Betroffenen, ▶ Vermeidung potenziell gesundheitsgefährdender Lärmbelastungen, ▶ Verringerung von Lärmbelästigungen, ▶ Schutz ruhiger Gebiete vor einer Zunahme von Lärm.
Räumliche Bezugsebene	In der Regel das jeweilige Gemeindegebiet, mit Fokus auf (besonders) verlärmte Bereiche (Lärmsanierung) und ruhige Gebiete (Lärmvorsorge).
Planungsinhalte	<p>Lärmaktionspläne enthalten u.a.:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ Lärm-/ Betroffenenanalyse, ▶ Maßnahmenplanung, ▶ Langfristige Strategie zur Reduzierung der Lärmbelastung, ▶ Festlegung ruhiger Gebiete, ▶ Wirkungsprognose zu den geplanten Maßnahmen. <p>Häufig werden in Lärmaktionsplänen verkehrliche Maßnahmen zur Lärminderung festgelegt wie:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ Senkung der zulässigen Höchstgeschwindigkeiten, ▶ Einbau lärmoptimierter Fahrbahnoberflächen, ▶ Verkehrslenkende Maßnahmen und längerfristige Ansätze zur Mobilitätswende.
Zuständigkeit	<p>In den meisten Bundesländern sind die Gemeinden für die Lärmaktionsplanung auf ihrem Gemeindegebiet zuständig; abweichend davon sind z.B. in Hessen die Regierungspräsidien für die Aufstellung der Lärmaktionspläne verantwortlich.</p> <p>Das Eisenbahn-Bundesamt (EBA) ist zuständig für die Aufstellung eines bundesweiten Lärmaktionsplanes für die Haupteisenbahnstrecken des Bundes mit Maßnahmen in Bundeshoheit.</p>
Behördenbeteiligung	Die betroffenen Fachämter und übrigen Träger öffentlicher Belange (TÖB) werden an der Aufstellung von Lärmaktionsplänen beteiligt.
Öffentlichkeitsbeteiligung	Die Öffentlichkeit ist an der Lärmaktionsplanung zu beteiligen. Sie ist über die Ergebnisse der Abwägung zu informieren.

Rechtlicher Rahmen	<p>Richtlinie 2002/49/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bewertung und die Bekämpfung von Umgebungslärm“ (Umgebungslärmrichtlinie).</p> <p>§§ 47a-f des Gesetzes zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG).</p> <p>Vierunddreißigste Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über die Lärmkartierung) (34. BImSchV).</p> <p>Einige Bundesländer wie z. B. Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen haben Erlasse zur Durchführung der Lärmaktionsplanung herausgegeben.</p>
Mehr Informationen	<p>Bonacker, M.; Bachmeier, B. (2018): Information und Mitwirkung der Öffentlichkeit bei der Lärmaktionsplanung. Leitfaden, hrsg. vom Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau.</p> <p>Heinrichs, E.; Leben, J.; Cancik, P. (2018): Ruhige Gebiete. Eine Fachbroschüre für die Lärmaktionsplanung. Hrsg.: Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau.</p> <p>LAI - Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz (2017): LAI-Hinweise zur Lärmaktionsplanung in der Fassung vom 9. März 2017.</p> <p>Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2019): Leitfaden Gesunde Stadt. Hinweise für Stellungnahmen zur Stadtentwicklung aus dem Öffentlichen Gesundheitsdienst, Bochum.</p> <p>Richard, J.; Mazur, H.; Lauenstein, D. (2015): Handbuch Lärmaktionspläne - Handlungsempfehlungen für eine lärmindernde Verkehrsplanung, hrsg. vom Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau (Reihe UBA-Texte 81/2015).</p> <p>WHO - World Health Organization (2018): Environmental Noise Guidelines for the European Region, Copenhagen.</p>

Telegramm

Quelle: UBA (2023) (Hrsg.):
Gemeinsam planen für eine gesunde
Stadt – Empfehlungen für die Praxis,
Dessau-Roßlau.

¹ Vgl. Umweltbundesamt (Hrsg.) (2021): Kooperative Planungsprozesse zur Stärkung gesundheitlicher Belange – modellhafte Erprobung und Entwicklung von Ansätzen zur nachhaltigen Umsetzung – Teilbericht zur Dokumentenrecherche/ -analyse (Arbeitspaket 1), Dessau-Roßlau (UBA-Reihe Umwelt & Gesundheit 6/2021); Tabellen 2 und 3, S. 41 zu den gesundheitsrelevanten Lärmpegeln.

Potenziale der Grün- und Freiraumplanung für mehr Gesundheit in der Stadt

Unabhängig vom formellen oder informellen Charakter nimmt die Grün- und Freiraumplanung alle Teile sowie Werte und Funktionen von Natur und Landschaft bzw. von Grün- und Freiräumen sowie ihre Wechselwirkungen in den Blick, ist also aus sich heraus eine integrierte Fachplanung. Dies bietet das Potenzial, auch die gesundheitsbezogenen Werte und Funktionen von Grün- und Freiräumen einzubeziehen, zumal der Schutz von Natur und Landschaft als Grundlage für die Gesundheit des Menschen explizit im Bundesnaturschutzgesetz als Ziel formuliert ist.

Konkrete Anknüpfungspunkte für die Integration gesundheitlicher Belange in die Grün- und Freiraumplanung:

- ▶ Grünflächen zu gesundheitsrelevanten Räumen für Bewegung und Sport sowie als Orte der Erholung, Begegnung und Kommunikation entwickeln,
- ▶ die vielfältigen kompensatorischen Funktionen des urbanen Grüns mit Blick auf gesundheitsbelastende Umweltbedingungen wie klimatische Belastungen, Luftverschmutzung, Lärm ausbauen,
- ▶ speziell mit Blick auf gesundheitliche Lärmbelastungen:
 - in der Lärmaktionsplanung ausgewiesene „Ruhige Gebiete“ in die Plandarstellungen übernehmen,
 - auf Grünflächen einwirkende Lärmmissionen betrachten,
 - vegetationstechnische/ingenieurbioologische Maßnahmen zur Lärminderung festlegen,
- ▶ sozialraumorientierte Grünversorgungsanalysen erarbeiten und mit Grün unterversorgte und gleichzeitig sozial benachteiligte Teilräume/ Wohngebiete als zukünftige räumliche Handlungsschwerpunkte festlegen (Umweltgerechtigkeit).

Was kann das Gesundheitsamt beitragen?



Inhaltliche Beiträge

- ▶ gesamtstädtische und teilräumliche Gesundheitsziele und Gesundheitsdaten, z.B. aus der Gesundheitsberichterstattung, dem für die Grün- und Freiraumplanung zuständigen Amt zur Verfügung stellen,
- ▶ gesundheitsrelevante Belange wie eine ausreichende Versorgung mit gut erreichbaren Grün- und Freiflächen, die Nutzung der lärmabschirmenden Funktion von Grün, der Erhalt von Grünzügen als Frischluftschneisen, die Ausstattung mit schattenspendenden Straßenbäumen, der Ausbau von Spielplätzen und Kleingärten in den Planungsprozess einbringen,
- ▶ auf die besonderen Bedarfe vulnerabler Gruppen wie Kinder, ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen und Erkrankungen in Bezug auf ein grünes Wohnumfeld und weitere Grün- und Freiflächen hinweisen (u.a. altersgruppengerechte Spielplätze, Sitz- und Ruhegelegenheiten, barrierefreie Grünflächen).

Verfahrensbeiträge

- ▶ dem für die Grün- und Freiraumplanung zuständigen Amt eine frühzeitige Mitwirkung des Gesundheitsamtes an der Planung anbieten,
- ▶ in ämterübergreifenden Austauschformaten zur Grün- und Freiraumplanung mitarbeiten,
- ▶ Stellungnahme zu gesundheitsrelevanten Aspekten der Grün- und Freiraumplanung (siehe „Inhaltliche Beiträge“) abgeben.

Potenziale der Planung

Beiträge des Gesundheitsamts

Quelle: UBA (2023) (Hrsg.):
Gemeinsam planen für eine gesunde Stadt – Empfehlungen für die Praxis, Dessau-Roßlau.

Beispiele



Mannheim: Integratives gesundheitsbezogenes Handeln in der Stadtentwicklung

Das Thema Gesundheit gewinnt in der Stadtentwicklung Mannheims an Bedeutung und wird in verschiedenen Fachplanungen und Konzepten berücksichtigt. Mannheim zeichnet das Bild einer zunehmend integrativ arbeitenden Verwaltung mit einem sich offensiv zur Zusammenarbeit anbietenden und immer mehr als Kooperationspartner nachgefragten Gesundheitsamt. Zu den Rahmenbedingungen dieser Entwicklung gehören: Wahrnehmung des Themas Gesundheit in verschiedenen Fachbereichen, Rückendeckung und „Werbung“ für Gesundheitsbelange durch Stadtspitze und – zunehmend – Amtsleitungen, gemeinsamer Datenpool aller für Stadtentwicklung relevanten Verwaltungsbereiche mit georeferenziellen Analysemöglichkeiten unter anderem zu gesundheitlichen Belangen (Ergebnisse von Expert*inneninterviews auf Ebene der Mannheimer Stadtverwaltung, die im Rahmen dieses Projektes durchgeführt wurden).



Bremerhaven: Gesundheitspark Speckenbüttel

Der ab Mitte des 19. Jahrhunderts entstandene und rund 70 ha große Speckenbütteler Landschaftspark im Stadtteil Lehe ist die älteste Grünanlage in Bremerhaven. Er war schon immer Ausflugs- und Erholungsziel, verlor aber gegen Ende des 20. Jahrhunderts aufgrund wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderungen an Bedeutung. Dies war für die Stadt Anlass, 2001 einen Masterplan zum Thema „Gesundheit und Wellness“ für den Park zu erstellen und ihn entsprechend umzugestalten. Mittlerweile steht eine Vielzahl kostenfreier gesundheits- und bewegungsfördernder Angebote im Park zur Verfügung, die von allen Altersgruppen intensiv genutzt werden. Diese Entwicklung des Parks wird laufend fortgeführt (Gartenbauamt Bremerhaven 2020).



Bochum: Online-Beteiligung in der Lärmaktionsplanung

Im Rahmen der Aufstellung des Lärmaktionsplans Bochum wurde als ein Element der Öffentlichkeitsbeteiligung die Möglichkeit zur Online-Beteiligung gegeben. Das Umweltamt der Stadt Bochum hat gemeinsam mit den Verantwortlichen des Labs für digitale partizipative Sozialraumanalyse (DiPS-Lab) der Hochschule für Gesundheit Bochum eine aus drei Modulen bestehende Online-Befragung entwickelt (siehe <https://www.hs-gesundheit.de/departments/dips-lab>). Es konnten sowohl laute als auch leise Orte benannt und die Lärmsituation am Wohnort beschrieben werden. Im November und Dezember 2018 wurden unterteilt nach Befragungskategorien 98 leise Orte und 198 laute Orte benannt sowie 363-mal Angaben zu Lärm im Wohnumfeld gemacht. Die Ergebnisse wurden gemeinsam mit der Lärmkartierung in Bürger*innenforen vor Ort diskutiert und sind in die Aufstellung des Lärmaktionsplans eingeflossen (Köckler/Simon 2020).



Gemeinsam für mehr Gesundheit in der Stadt

Handlungsempfehlung 1: Innerhalb der Verwaltung voneinander über Gesundheit und Planung lernen.....

Handlungsempfehlung 2: Daten zur gesundheitlichen und sozialen Lage sowie Umweltdaten erfassen, zusammenführen und austauschen

Handlungsempfehlung 3: Mit passenden Strukturen in der Verwaltung zusammenwirken

Handlungsempfehlung 4: Öffentlichkeit einbeziehen und Allianzen für Gesundheit bilden

Handlungsempfehlung 5: Gesundheitsämter zu proaktiv Planenden qualifizieren.....

Handlungsempfehlung 6: Ausreichende Ressourcen für die umfassende Berücksichtigung von gesundheitlichen Belangen in der Planung bereitstellen

-
- Textliche Darstellung der jeweiligen Handlungsempfehlung
 - bestehende Herausforderungen und Lösungsansätze
 - mögliches bzw. notwendiges fachliches Vorgehen bzw. Verfahrens- und Zusammenarbeitsweisen
 - ggf. erforderliche Veränderungen
 - Beispiele und Praxistipps zur Umsetzung der jeweiligen Handlungsempfehlung

Beispiele und Praxistipps



Lärminderung in Bielefeld: Datengestützte Priorisierung von mehrfach belasteten Handlungs- räumen

Die Stadt Bielefeld hat 2019 bei der Abgrenzung und Priorisierung von Handlungsräumen für den dritten Lärmaktionsplan Mehrfachbelastungen berücksichtigt. So kann dort den Lärmproblemen verschiedener Quellen (Gesamtstraßen, Eisenbahn, Stadtbahn) koordiniert entgegengewirkt werden, wo aufgrund von Lärmbetroffenheiten und unter Berücksichtigung sozialer und gesundheitlicher Aspekte ein Handlungsbedarf besteht. Es wurden die Bereiche identifiziert, die mit mehr als 100 Betroffenen pro ha durch Gesamtlärmpegel $> 55 \text{ dB(A) } L_{\text{Night}}$ belastet sind. Um zu einer Gesamtbewertung der Mehrfachbelastung zu gelangen, wurden die Lärmdaten aus den Umgebungslärmkarten grafisch mit allen verfügbaren Gesundheits- und Sozialdaten kleinräumig überlagert. Die Ausprägung der Mehrfachbelastung wurde in vier Klassen von gering bis sehr hoch unterschieden. Die Stadt sieht in den Bereichen mit derart lokalisierten Mehrfachbelastungen einen vorrangigen Handlungsbedarf. Die Stadt hat 25 Handlungsräume mit einem Gesamtflächenumfang von 835 ha und insgesamt 53.212 Einwohner*innen identifiziert, für die bei der Lärmaktionsplanung längerfristig Lärminderungskonzepte entwickelt werden sollen. Die Umsetzung soll schrittweise erfolgen (Stadt Bielefeld 2022).



Praxistipp: Gesundheit in Arbeitsgruppen bzw. Ämter- und Planungskonfe- renzen frühzeitig mitdenken

In vielen Kommunen bestehende ämterübergreifende Austauschformate, in denen sich die Fachämter – jenseits gesetzlich vorgeschriebenen Ämterbeteiligung – regelmäßig über Planungsthemen bzw. anlassbezogen zu konkreten Planungen austauschen. Derartige Arbeitsgruppen bestehen u.a. in Bremerhaven, Dresden, Düsseldorf und Mannheim. In Nürnberg z.B. bestehen Erfahrungen mit ämterübergreifenden Gebietsteams, die teilräumliche Planungen eng begleiten. Zumeist werden in diesen Austauschformaten Themen bzw. Planungen der Stadtplanung- und -entwicklung, der Grün- und Freiraumplanung oder Umwelthemen wie u.a. Lärminderung erörtert. Fachübergreifende Ämter- bzw. Planungskonferenzen werden z.B. in Dresden oder Göttingen durchgeführt. Hieran sind teilweise auch die Gesundheitsämter beteiligt. Sind die Gesundheitsämter in diesen Austausch eingebunden, können gesundheitliche Belange frühzeitig ausgelotet und eingebracht werden. Zudem wird für die Gesundheitsämter frühzeitig erkennbar, ob absehbar gesundheitliche Belange betroffen sein könnten und eine Stellungnahme erforderlich wird (UBA 2023).



Herne: Fachplan Gesundheit

In Herne ist die Untere Gesundheitsbehörde mit der Entwicklung eines Fachplans Gesundheit als proaktivem Fachbeitrag des Gesundheitsressorts zur Kommunalentwicklung beauftragt. Der Fachplan soll die Handlungsfelder Soziale und Gesundheitliche Ungleichheit, Gesundheitsverhalten (inklusive vermeidbare Sterbefälle), Räumliche Verhältnisse (inklusive Mehrfachbelastungen), Gesundheitliche Versorgung sowie das Pandemiegeschehen umfassen. Der Fachplan Gesundheit wird in Herne sowohl gesamtstädtisch übergreifend als auch auf Quartiere als lokale Lebenswelten ausgerichtet sein. Besonders betrachtet werden Jugendliche und Menschen mit Behinderung. Im Handlungskonzept sollen die übergeordneten Zielsetzungen und Strategien mit konkreten Maßnahmen hinterlegt werden. Das Konzept für einen Fachplan Gesundheit wurde in Nordrhein-Westfalen als ein informelles Instrument für die kommunale Ebene entwickelt. Er soll die Arbeit der Unteren Gesundheitsbehörde datenbasiert und zielorientiert steuern und zu proaktiven Beiträgen der Unteren Gesundheitsbehörden auch für die Stadtentwicklung dienen (vgl. u.a. LZG.NRW 2012).



Fazit: Die gesunde Stadt ist machbar.

- **Fachliche Voraussetzungen schaffen und ausbauen**
- **Akteurs- und bereichsübergreifend Spielräume nutzen**
- **Rahmenbedingungen verbessern**
- **Planung in gesamtstädtischen Ansatz für mehr Gesundheit einbetten**
- **„Anpacken“ und vorangehen: für lebenswerte und gesunde Städte**

➤ **Fachliche Voraussetzungen schaffen und ausbauen**

- Leitbilder und Ziele definieren,
- Gemeinsames Aufgaben- und Begriffsverständnis entwickeln,
- solide Datengrundlagen schaffen,
- fachliche Schnittstellen erkennen und planerisch berücksichtigen.

➤ **Akteurs- und bereichsübergreifend Spielräume nutzen**

- mit passenden Formen und Strukturen der Zusammenarbeit,
- mit aktiver Beteiligung der Unteren Gesundheitsbehörden an den Planungen,
- mit aktiver Rolle und Selbstverständnis der Unteren Gesundheitsbörden,
- mit umfassender und aktivierender Beteiligung von Bürger*innen, Behörden, Verbänden und Zivilgesellschaft,
- mit Austauschformaten zwischen Kommunalverwaltung und -politik sowie mit verwaltungsexternen Akteuren,
- in Allianzen für Gesundheit in der Stadt.

-
- **Rahmenbedingungen verbessern**
 - fachliche Expertise in Verwaltungen ausbauen,
 - Mitwirkung der Unteren Gesundheitsbehörden an Planungen als Aufgabe des Öffentlichen Gesundheitsdienst fest verankern,
 - Untere Gesundheitsbehörden mit qualifiziertem Personal ausstatten,
 - Aus- und Weiterbildung qualifizieren.

 - **Planung in gesamtstädtischen Ansatz für mehr Gesundheit einbetten**
 - Commitment der Kommunalpolitik im Sinne von Health in All Policies (HiAP)

 - **„Anpacken“ und vorangehen: für lebenswerte und gesunde Städte**
 - Spielräume für bessere Berücksichtigung gesundheitliche Aspekte bereits heute nutzen,
 - Gesundheit in der Stadt im Kontext von Energiewende, Mobilitätswende und Klimaanpassung stärken - für mehr Lebensqualität.

Weiterführende Literatur

- Veröffentlichungen mit Fokus gesundheitliche Bezüge von raumbezogenen und Umweltplanungen
- Veröffentlichungen mit Fokus auf Handlungsmöglichkeiten planender Verwaltungen sowie die Unteren Gesundheitsbehörden zum aktiven Einbringen gesundheitlicher Belange in die Planung
- Insges. 11 Literaturempfehlungen

Gesundheit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Das Konzept Health in All Policies und seine Umsetzung in Deutschland

Katharina Böhm, Stefan Bräunling, Raimund Geene, Heike Köckler (Hrsg.)

2020, Wiesbaden

Mit diesem Sammelband liegt das erste Standardwerk zum Thema Health in All Policies (HiAP) in Deutschland vor. Es werden Idee, Grundanliegen und Schlüsselmerkmale von HiAP sowie die gesetzlichen und politischen Rahmenbedingungen betrachtet. Zudem wird die aktuelle Umsetzung von HiAP aufgezeigt. Dabei wird die Perspektive unterschiedlicher Politikfelder (z.B. Umwelt, Klimapolitik, Mobilität und Verkehr, Wohnen, Stadtentwicklung) auf Gesundheit dargestellt. Weiterhin werden Chancen, aber auch Restriktionen einer gesamtgesellschaftlichen Berücksichtigung von Gesundheit aufgezeigt. Die Publikation enthält zahlreiche, auch kommunale und quartiersbezogene Praxisbeispiele zur Umsetzung des Ansatzes Health in All Policies.

Planung für gesundheitsfördernde Städte

Sabine Baumgart, Heike Köckler, Anne Ritzinger, Andrea Rüdiger (Hrsg.)

2018, Hannover, Forschungsberichte der ARL 08

https://shop.arl-net.de/media/direct/pdf/fb/fb_008/fb_008_gesamt.pdf

Erkenntnisse zu Planung und Gesundheit aus Wissenschaft und Praxis hat der Arbeitskreis „Planung für gesundheitsfördernde Stadtregionen“ der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet, aufbereitet und weiterentwickelt. In der Publikation werden grundlegende Begriffe und Konzepte, Entwicklungslinien der Vergangenheit und neue integrierte Sichtweisen zum Verhältnis von Gesundheit und räumlicher Planung dargestellt. Auf dieser Grundlage werden strategische Ansätze erörtert, die Gesundheit und Lebensqualität in Städten fördern können. Es werden Möglichkeiten aufgezeigt, wie diese Ansätze mit planerischen Instrumenten umgesetzt werden können.

Thomas Preuß
Teamleiter Ressourcen und Immissionsschutz
Forschungsbereich Umwelt
Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)
Zimmerstr. 13-15
10969 Berlin
Tel.: +49 (0)30 39001-265
Mail: preuss@difu.de
www.difu.de